

## Politik sozialer Partnerschaft

### Stellungnahme zur gewerkschaftlichen Sozialismus-Debatte

---

Norbert Römer, geb. 1947 in Herne, ist seit 1974 hauptamtlicher Mitarbeiter der IG Bergbau und Energie. Seit 1988 ist er Pressesprecher und Chefredakteur der IGBE-Zeitung "einheit".

Die deutschen Kommunisten haben mit ihrer mehr als vierzigjährigen Herrschaft in der DDR Land und Leute ruiniert. Dabei haben sie, angetrieben und später stabilisiert von den Sowjets, das Vertrauen der Arbeitnehmer in ihre Gewerkschaft zerstört. Die SED hat den sich selbst so nennenden Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) umfunktioniert und als Transmissionsriemen für ihre despotische Parteiherrschaft mißbraucht. Es waren nicht nur Harry Tisch und andere, die mit „Amtsmißbrauch und Korruption“ den FDGB in Mißkredit gebracht haben. Das kommunistische System und seine Strukturen sind die Ursache. Die subtilen Unterdrückungsmethoden und das alltägliche Kirremachen durch die Abhängigkeit von Gunst und Laune der Funktionäre in Partei und Gewerkschaft haben die DDR-Gesellschaft geprägt und Spuren hinterlassen. Dies und vieles mehr müssen die Gewerkschaften in der Bundesrepublik nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern in die notwendige Diskussion um ihre Zukunft in einem zusammenwachsenden Deutschland miteinbeziehen.

Dieter Wunder schreibt in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“: „Der Zusammenbruch des ‚realen Sozialismus‘ hat für die betroffenen Gesellschaften und ihre Außenbeziehungen schwerwiegende Folgen; er zwingt aber auch die Gewerkschaften der Bundesrepublik, ihr Selbstverständnis zu überdenken.“ Karlheinz Blessing sieht in seiner Replik im „Sinne der Ausgangsthese von Dieter Wunder . . . keinen Anlaß, über Konsequenzen für die Gewerkschaften nachzudenken, weil ein despotischer Alleinherrscher in Rumänien stürzte, der sein Regime mit dem Begriff Sozialismus zu legitimieren suchte“.<sup>1</sup> Unabhängig von allen sonstigen Übereinstimmungen oder Unterschieden zu den jeweiligen Auffassungen Wunders oder Blessings will ich genau in diesem grundsätzlichen, weil entscheidenden Punkt Blessing widersprechen und Wunder unterstützen.

Zu welchen Ergebnissen der von Wunder geforderte Prozeß, unser gewerkschaftliches „Selbstverständnis zu überdenken“, führen wird, muß heute offenbleiben; ihn im Sinne von Blessing gar nicht erst zu beginnen, wäre fatal. Auch wenn Blessing ausdrücklich über die Zukunft der Gewerkschaften diskutieren will, wird er diesem Anspruch nicht gerecht, wenn er die Vorgänge in Ost- und Mitteleuropa ausblendet. Tabus darf es auch hier nicht geben.

Wenn Blessing also schon keinen „Revisionsbedarf gewerkschaftlicher Programmatik aufgrund des Zusammenbruchs der Länder Osteuropas“ sieht, so sollte er wenigstens einen Revisionsbedarf gewerkschaftlicher Praxis einräumen. Ich will an einigen Brennpunkten der jüngeren Vergangenheit aufzeigen, was das eine mit dem anderen zu tun hat. In den Gewerkschaften waren jedenfalls nicht nur diejenigen vertreten, die „sich mit der oftmals kaum mehr zu überbietenden Scheinheiligkeit der Anhänger des ‚realen Sozialismus‘ in der Bundesrepublik auseinandersetzen“ (Blessing). Es gab nicht wenige, die überhaupt keine Hemmungen hatten, sich als Anhänger des „realen Sozialismus“ zu bekennen oder mit solchen gemeinsame Sache zu machen. Das diente immer auch der politischen Unterstützung der despotischen kommunistischen Regime und hatte zugleich auch Auswirkungen auf die gewerkschaftliche Programmatik. Insofern wirkt der durchaus sympathische Abwehrversuch des demokratischen Sozialisten Blessing auf Wunders Kratzen am gewerkschaftlichen Selbstverständnis eher verzweifelt, weil er dessen aufs Ganze zielende Kritik eben nur aus der persönlichen Erfahrung und Betroffenheit zu begegnen versucht. Die Einheitsgewerkschaft besteht nicht nur aus „demokratischen Sozialisten“, und deshalb bestimmen diese auch nicht allein über die gewerkschaftliche Programmatik. Hanshorst Viehof von den Sozialausschüssen der CDU hat als HBV-Vorständler in Vorbereitung des DGB-Grundsatzprogramms von 1981 gemeint, daß man sich auch mit den „Nicht-Godesbergern“ einigen müsse.

---

<sup>1</sup> Vgl. Dieter Wunder, Der Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ und das Selbstverständnis der Gewerkschaften, in: GMH 12/1989; Karlheinz Blessing, „Die Wirklichkeit drängt zum demokratischen Sozialismus“, in: GMH 1/1990.

Inzwischen ist Blessing vom stellvertretenden Vorsitzenden der IG Medien, Detlef Hensche, öffentlich widerlegt worden. Dieser hat im Gespräch mit der „Frankfurter Rundschau“ eingeräumt, „bundesdeutsche Gewerkschafter (hätten) in der Vergangenheit ihre Kritik an Zuständen und Institutionen in den osteuropäischen Ländern bei weitem nicht entschieden und öffentlich genug vorgetragen“. Hensche gehört zu denjenigen, die sich nie gescheut haben, auch öffentlich mit Parteikommunisten und anderen Anhängern des „realen Sozialismus“ gemeinsam aufzutreten und gemeinsame Sache zu machen. Das war und ist selbstverständlich sein gutes Recht. Das Recht Andersdenkender war und ist es, solche Vorkommnisse öffentlich zu benennen, zu kritisieren und eine Diskussion darüber in Gang zu setzen. Der eigentliche Skandal ist aber der auch von Hensche mitgetragene Versuch, eine öffentliche Diskussion über solche Vorgänge zu verhindern, ein Vorgang, der auch durch seine „Selbstkritik“ nicht vergessen gemacht werden kann.

Vor diesem Hintergrund wirkt es geradezu grotesk, wenn Hensche heute beklagt, daß die Gewerkschaften ihre Konflikte „hinter dickverschlossenen Türen“ ausgetragen hätten und deshalb mehr Pluralität und Offenheit brauchten. Ganz und gar unerträglich wird es, wenn er behauptet, dieselben bürokratischen Erscheinungen, die jetzt zum Niedergang des Sozialismus in Osteuropa wesentlich beigetragen hätten, seien von Gewerkschaftern auch hierzulande ansatzweise „mit der Muttermilch eingesogen“ worden. Das macht deutlich, daß er die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung durch die radikale Abwendung der Kommunisten von der demokratischen Tradition eben der Arbeiterbewegung bis heute nicht begriffen hat oder begreifen will. Es gibt keine gemeinsame Wurzel mit Unterdrückern.

Selbstverständlich hat es von den Anfängen der Einheitsgewerkschaft in der Bundesrepublik Deutschland bis in die jüngste Vergangenheit Irrtümer, Verirrungen, auch schlimme Verfehlungen handelner Personen gegeben. Das muß aufgearbeitet und strukturell offengelegt werden. Alles aber, wie es Hensche tut, auf einen „Ast“ zurückzuführen, „der aus dem gleichen Stamm kommt, aus dem auch andere Ströme einschließlich ihrer Perversionen gewachsen sind“ [...], offenbart, daß er sich nach wie vor in einer Tradition bewegt, die die Methode der Geschichtsklitterung im Laufe der Jahre und Jahrzehnte ausgefeilt und fast zur Perfektion entwickelt hat.

#### Einige Brennpunkte sozialistischer Gewerkschaftspraxis

1985 unterzeichnete Hensche einen von der kommunistisch dominierten „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten“ (WN-BdA) herausgegebenen Aufruf zum „40. Jahrestag der Befreiung und des Friedens“ am 8. Mai einträchtig zusammen mit DKP-Chef Herbert Mies und anderen Kommunisten. Mit dabei: Leonhard Mahlein, verstorbener ehemaliger Vorsitzender der IG Druck und Papier, Christian Götz, HBV-Vorstandsmitglied. Ernst Urban, HBV-Landesleiter, Karin Roth und Dr. Regine Meyer von der IG Metall, Bildungssekretäre der zentralen IG Metall-Schule in

entlarven, die Notwendigkeit der Aktionseinheit zu unterstreichen." Zwischen 60 und 70 Millionen D-Mark (!) jährlich ließ sich die SED solche kommunistischen Aktivitäten bei uns kosten.

Von interner Kenntnis tatsächlicher Abläufe von Auseinandersetzungen über Geschichtsinterpretationen in den Gewerkschaften zeugt der Beitrag von Kurt Thomas Schmitz über „Die IG Metall und ihre Geschichtsschreibung“ in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ (2/90). Er schreibt: „In lebhafter Erinnerung ist die Debatte in den späten siebziger und Anfang der achtziger Jahre, in der von Historikern und von zahlreichen Vertretern aus den DGB-Gewerkschaften die Befürchtung geäußert wurde, daß im Anschluß an die Darstellung über die Geschichte der Gewerkschaften von Frank Deppe, die, wie Peter von Oertzen zu Recht feststellte, sich einer ‚partei-kommunistischen Geschichtsschreibung‘ verpflichtet weiß, in der IG Metall eine entsprechende Interpretation der eigenen Geschichte durchsetzen könnte. Dies war eine Fehleinschätzung der Stärke der Mehrheits- und Minderheitsströmung in der IG Metall und eine Überinterpretation von Äußerungen einzelner IG Metall-Funktionäre, deren Aussagen als Position der Gesamtorganisation angesehen wurden. Ansatzpunkte zur Etablierung einer einseitigen Geschichtsinterpretation sah man vor allem in der Bildungsarbeit der IG Metall. Die Befürchtung aktivierte die Beschäftigung mit der Geschichte der Gewerkschaften sowohl in der IG Metall wie den DGB-Gewerkschaften, förderte einen Pluralismus der Meinungen und Deutungen und verhinderte den Versuch, ein Interpretationsmonopol für Geschichte zu etablieren. Dies hätte letztlich nur zu einer Schädigung der Einheitsgewerkschaft geführt, den DGB und seine Gewerkschaften in der Auseinandersetzung mit dem Kapital geschwächt, das reformerische Bündnis von Sozialdemokraten, Christdemokraten, Radikaldemokraten und Kommunisten zur Vertretung der Interessen der abhängig Beschäftigten handlungsunfähig gemacht und vielleicht letztlich in Frage gestellt.“

Hinter dieser behutsam-offenen Beschreibung steckt ein höchst bemerkenswerter Vorgang. Es wurde versucht, Einfluß auf die gewerkschaftliche Bildungsarbeit zu nehmen. Geschichtliche Abläufe sollten in ihrer Ausdeutung der parteikommunistischen Sprachregelung unterworfen werden. Damit sollte eine Grundlage für die Schulung von Kadern gelegt werden. Von zentraler Bedeutung war dabei das 1978 von den Abendroth-Schülern Frank Deppe, Georg Fülberth und Jürgen Harrer herausgegebene Buch „Geschichte der Gewerkschaften“, das unmittelbar nach seiner Veröffentlichung und damit ohne die Möglichkeit einer kritischen Überprüfung seiner Inhalte zur Grundlage der Bildungsarbeit der IG Metall gemacht werden sollte. Gestoppt werden konnte dieser Versuch nur, weil der Berner Historiker Manfred Scharrer öffentlich Krach schlug und das Buch in der „Neuen Gesellschaft“ (10/78) als den „bisher geschickteste(n) Versuch, die parteikommunistische Geschichtskonstruktion an den bundesrepublikanischen Leser zu bringen“, enttarnte. Scharrer sah sich schnell inszenierten öffentlichen Diffamierungsversuchen ausgesetzt. An seine Seite stellte sich Peter von Oertzen, kritisierte

nicht nur die Abendroth-Schüler, sondern auch ihren Lehrer wegen dessen Rechtfertigungsversuchs der Inhaftierung Rudolf Bahros durch das SED-Regime. Mit einer von vielen Gewerkschaftssekretären unterschriebenen Ehrenerklärung für Abendroth wurde eine Kampagne gegen von Oertzen eingeleitet. Trotz alledem war der Einzug der Marburger Geschichtsklitterung in die gewerkschaftliche Bildungsarbeit verhindert und der Versuch, „ein Interpretationsmonopol für Geschichte zu etablieren“ (Schmitz), gescheitert.

Ebenfalls 1978 wurde eine Abhandlung des IG-Metall-Bildungssekretärs Peter Scherer über das Sozialistengesetz, das 1878 in Kraft getreten war, als Bildungsheft seiner Gewerkschaft veröffentlicht. Die IG Metall sah sich kurz darauf mit dem Nachweis konfrontiert, Scherer habe weite Strecken aus der vom Zentralkomitee der SED herausgegebenen „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ abgeschrieben. Der Bochumer Professor Hans Mommsen kritisierte das IG-Metall-Bildungsheft ebenfalls. Es wurde zurückgezogen.

1979 stellte Hensche öffentlich fest, es gebe keinen Unterschied zwischen kommunistischer und sozialdemokratischer Gewerkschaftsarbeit. Der damalige Juso-Bundesvorsitzende Gerhard Schröder widersprach ihm öffentlich im „ötv-Magazin“, ansonsten blieb dieser unglaubliche Versuch, das gewerkschaftliche Selbstverständnis der Sozialdemokratie zur Disposition zu stellen, in den Gewerkschaften nahezu unbeanstandet.

1980 erschien das Buch „Der Marsch der DKP durch die Institutionen“. Die Autoren Ossip K. Flechtheim, Wolfgang Rudzio, Fritz Vilmar und Manfred Wilke waren sofort öffentlichen Angriffen aus den Gewerkschaften ausgesetzt. „Gewerkschaftsfeindlich“, „kalte Krieger“ lauteten die pauschalen Verurteilungen, in der Sache wurde kaum etwas kritisiert. In der IG Chemie - Papier-Keramik und in der IG Bergbau und Energie wurde das Buch an Funktionäre herausgegeben. Dagegen setzte der DKP-Parteivorstand ein Heft seines Vorsitzenden Herbert Mies, das Sprachregelungen als Argumentationshilfen gegen das Fischer-Taschenbuch enthielt. In mancher Gewerkschaft war das Mies-Heft „DKP und Gewerkschaften, Klarstellung zum Buch ‚Der Marsch der DKP durch die Institutionen‘“, stark gefragt, das Fischer-Taschenbuch dagegen auf den Tabu-Katalog gesetzt.

Einen Höhepunkt der Angriffe gegen die Autoren stellte der Auftritt von Hensche auf dem außerordentlichen Kongreß des DGB 1981 dar, bei dem er die wissenschaftlich ausgewiesenen Autoren im Stil eines Polit-Kommissars als „verwirrte Geister“ stigmatisierte. Das ist eine Methode, die kommunistische Parteien im Umgang mit Andersdenkenden praktizieren, und dort, wo sie die gesellschaftliche Macht haben, mündet solche Methode auch in die Vernichtung Andersdenkender (Archipel Gulag). Für solche und andere „Perversitäten des realen Sozialismus“ hat Hensche heute laut „Frankfurter Rundschau“ folgende Erklärung parat: „Da, wo man die Macht errungen habe, habe danach die Sicherung dieser Macht im Vordergrund gestanden, einschließlich aller Brutalitäten und des Einsatzes dieser Macht auch gegen irrende Freunde“. Dies ist keine

zutreffende Beschreibung für die Ursachen bolschewistischer Despotie und stalinistischen Terrors. Sie offenbart aber den riesengroßen Diskussionsbedarf über unser gewerkschaftliches Selbstverständnis. Wer hat denn geirrt? Stalin oder seine tausendfachen Terroropfer? Waren die von Ulbricht verfolgten, erniedrigten, eingekerkerten und gemordeten Bautzen-Gefangenen seine „irrende(n) Freunde“?

#### Das Gegenmodell: Politik sozialer Partnerschaft

Eine der wichtigen Herausbildungen in den Beziehungen zwischen Wirtschaft und Gewerkschaften nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland ist die Politik der sozialen Partnerschaft. Sie ist zur erfolgreichen Form der Konfliktregelung im modernen Industriestaat entwickelt worden und ist grundlegender Teil selbstverständlicher gewerkschaftlicher Praxis. Bis heute ist sie aber in der Diskussion um gewerkschaftliches Selbstverständnis gerade von denen immer wieder verbalradikal abgelehnt und als politischer Kniefall vor dem „Klassenfeind“ verleumdet worden, die alle gesellschaftlichen Konflikte allein aus dem sogenannten Grundwiderspruch von Kapital und Arbeit ableiten. Sie begründen mit dem Grundwiderspruch die Ablehnung des „kapitalistischen Systems“ und plädieren für eine „antikapitalistische Wirtschaftsordnung“. Damit wollen sie das marktwirtschaftliche System beseitigen. Wer in der Schwarz-Weiß-Malerei von Kapitalismus und Antikapitalismus verharrt, wird weiter zusehen müssen, wie die gesellschaftliche Entwicklung an ihm vorüber zieht.

Alle antimarktwirtschaftlichen Konzepte sind gescheitert. Der Blick nach Osten macht das für jedermann erkennbar. Unsere Wirtschaftsordnung zeichnet sich gerade dadurch aus, dass ihr kein in sich geschlossenes Konzept zugrunde liegt. Das macht es möglich, immer wieder Korrekturen und neue Weichenstellungen vorzunehmen. Es gibt in der Wirtschaftsgeschichte bislang nirgendwo ein Beispiel für ein lupenreines System ungebremster freier Marktwirtschaft. Überall wurden und werden Rahmenbedingungen durch den Staat gesetzt. Die soziale Marktwirtschaft ist besonders von den Gewerkschaften mitgeprägt worden. Das bleibt auch weiter nötig. Nicht von ungefähr hat sich der IG-Metall-Vorsitzende Franz Steinkühler in der SPD-Programmdebatte für die gemischte Wirtschaftsform eingesetzt - und mit ihm Blessing. Deshalb müsste Wunder auch bei seiner Sozialismus-Kritik eigentlich Unterstützung von dieser Seite bekommen. Jedenfalls hat er in ein Wespennest gestochen.

Die ständig neu aufflackernde Debatte um die Frage, ob Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland Ordnungsfaktor und/oder Gegenmacht sein sollen und dürfen, hat die Gemengelage immer wieder schlaglichtartig erhellt. HBV-Vorstandsmitglied Götz war das stets klar: Gewerkschaften sind ausschließlich Gegenmacht und müssen das auch bleiben. Bei dieser Betrachtungsweise bleibt ausgeblendet, dass gewerkschaftliches Handeln diese Alternative gar nicht kennt, weil beides in einem dialektischen Zusammenhang steht. Die Stärke der deutschen Gewerkschaften rührt gerade aus ihrer Dop-

pelfunktion: Gewerkschaften handeln immer kooperativ und konfliktorisch. Auf der Jahrestagung des Bundes Katholischer Unternehmer am 5. November 1988 in Ismaning sagte der IGBE-Vorsitzende Heinz-Werner Meyer dazu: „Nur wenn Gewerkschaften ihre Doppelfunktion stets in beiden Teilen tatsächlich wahrnehmen, handeln sie sozialpartnerschaftlich und damit gemeinwohlfördernd.“ Eine solche gewerkschaftliche Politik ist unbequem - für beide Seiten. Daß Hensche „Partnerschaft für einen ideologischen Begriff (hält), der vernebelt, in die Rolle des Juniorpartners verdrängt“ (FAZ-Magazin 17.12.1989), kann nicht überraschen.

Die begonnene Diskussion um Chancen und Risiken der gewerkschaftlichen Mitbestimmungspolitik resultiert zu einem Teil ebenfalls aus dem ungeklärten gewerkschaftlichen Selbstverständnis. Soziale Partnerschaft ist ohne Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften nicht möglich. Das gilt für alle Ebenen in Wirtschaft und Gesellschaft. Dabei ist selbstverständlich, daß auch in der Unternehmensmitbestimmung die Parität gewerkschaftliches Ziel bleibt. Aber die Parität ist nicht alles. Auch ohne Parität im Aufsichtsrat ist gewerkschaftliche Mitbestimmung erfolgreich möglich, wenn sie in gesamtgewerkschaftliches und gesamtgesellschaftliches Handeln eingebettet ist. In den Aufsichtsräten der Bergbauunternehmen sitzt der sogenannte neutrale Mann im Kreis einer gleichgroßen Zahl von Vertretern der Anteilseigner und der Arbeitnehmer - eine echte Parität ist selbst hier nicht gegeben, obwohl diese Regelung über das Mitbestimmungsgesetz von 1976 hinausgeht. Wichtig ist aber, daß sich die Rolle der IG Bergbau und Energie als Mitbestimmungsgewerkschaft bei der Bewältigung der anhaltenden Strukturkrise im Steinkohlenbergbau nicht auf eine Politik der sozialen Abfederung dieses Prozesses beschränkt hat. Die soziale Steuerung *und* die Stärkung der Leistungsfähigkeit der Bergbauunternehmen durch Modernisierung und Rationalisierung, durch Qualifizierung der Belegschaften und Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen, durch die extensive Nutzung der Mitbestimmungschancen bis in die Betriebe hinein mit der Einrichtung eines von der IGBE zu benennenden Direktors für Personal- und Sozialfragen auf der Ebene der Werksleitungen sind zentrale Bestandteile gestaltender Mitbestimmungspolitik. Deren Einbettung in eine übergreifende gesamtverantwortliche Energie- und Kohlepolitik für die Bundesrepublik und für ein zukünftig zusammenwachsendes Europa hat die IGBE in die Lage versetzt, moderne Industriepolitik als entscheidende Gestaltungsaufgabe gewerkschaftlicher Interessenvertretung herauszubilden. Die traditionelle Rolle einer stets reagierenden und wirtschaftliche Prozesse allein sozial abfedernden Politik wurde durch eine auf Mitverantwortung, Mitbestimmung und Mitgestaltung bauende Politik ersetzt. Gewerkschaftliche Mitbestimmung ohne Mitverantwortung kann nicht erfolgreich sein.

Die Industriegewerkschaft Bergbau und Energie ist mit ihrer Energie- und Kohlepolitik Beleg für den Wandel gewerkschaftlicher Aufgaben über die traditionellen Schutz- und Gestaltungsfunktionen hinaus. Gesamtstaatliche und

volkswirtschaftliche Entscheidungsprozesse durch gewerkschaftliche Industriepolitik mitzubestimmen, wird zunehmend wichtiger. Ein solches Konzept gewerkschaftlicher Interessenvertretung verlangt eine Organisation, die sich ihrer Stärke als Ordnungsfaktor und Gegenmacht bewußt ist, die hochgradig organisiert ist, auf die Loyalität ihrer Mitglieder und Funktionäre vertrauen kann und die gleichzeitig mit Verantwortlichen in Wirtschaft und Politik zum gemeinsamen Handeln grundsätzlich bereit ist. Moderne Gewerkschaftspolitik darf nicht nur branchenorientiert angelegt sein, sondern muß auch ökonomische, ökologische, gesellschaftliche und politische Fakten akzeptieren und den Gesamtzusammenhang von Entwicklungen berücksichtigen.

Der große Komplex der Humanisierung des Arbeitslebens ist in den zurückliegenden Jahren weitgehend aus der öffentlichen Diskussion und auch aus dem Blickfeld gewerkschaftlicher Politik verdrängt worden. Heute ist der Bedarf an Humanisierung offenbar. Nicht so sehr im Bergbau, in der industriellen Produktion, obwohl auch dort Weiterentwicklungen nötig sind, sondern vor allem im Dienstleistungsbereich, in Kaufhallen und Warenhäusern. Dabei ist eine Erfahrung wichtig: Die Orientierung allein auf den Gesetzgeber reicht nicht aus. Da, wo Mitbestimmung tatsächlich praktiziert wird, sind die Humanisierungserfolge für die Beschäftigten direkt erfahrbar geworden. Daß sich Mitbestimmung dann eben nicht darauf reduzieren darf, daß sich „der Aufsichtsrat zwei-, drei-, viermal im Jahr für drei, vier, fünf Stunden“ (HBV-Vorsitzender Lorenz Schwegler) versammelt, versteht sich von selbst. Konsequente Mitbestimmungspolitik bedeutet immer auch konsequente Vorbereitung der Funktionäre und ihre ständige Fort- und Weiterbildung.

Die Qualität von Mitbestimmungspolitik ist abhängig von der Qualifikation der handelnden Personen. Die Qualifikation von Arbeitnehmervertretern in Aufsichtsräten ist aber abhängig von der Vorbereitung auf diese Aufgaben. Das ist eine ureigene Angelegenheit gewerkschaftlicher Bildungsarbeit, die diesem Anspruch nicht überall gerecht wird. Auch hier ist Umdenken nötig, bevor schon über eine grundlegende Neubewertung der Mitbestimmungspolitik der Gewerkschaften diskutiert wird. Die deutschen Gewerkschaften werden sich einmal mehr entscheiden müssen, ob sie mitbestimmen oder nur dagegenstimmen wollen. Eine Gesellschaft, in der die Gewerkschaften allein bestimmen, was gemacht wird; darf es nicht geben.

Blessing schlußfolgert in seinem Plädoyer für einen „Revisionsbedarf gewerkschaftlicher Programmatik und Strategie“: „Gewerkschaftsarbeit heißt in der Zukunft noch mehr als in der Vergangenheit die Einheit der Vielfalt zu organisieren.“ Dabei sei ein differenzierter Interessenansatz ebenso notwendig wie die Herausarbeitung gemeinsamer Ziele und Grundwerte. Das erfordere von den Gewerkschaften mehr Kraft, mehr fachliche, politische und kommunikative Kompetenz. Dem ist zuzustimmen. Nur, wie kommen wir dahin? Zukunftskongresse sind das eine. Sie sind und bleiben wichtig. Die Befähigung handelnder Personen in den Gewerkschaften ist das andere, vielleicht noch wichtigere.



Die Erfahrung zeigt, daß Mitglieder in großer Zahl kaum durch Hochglanzbroschüren und medienwirksame Veranstaltungen zu gewinnen sind. Die persönliche Ansprache ist nach wie vor entscheidend für die Bereitschaft der teilzeitbeschäftigten Fließbandarbeiterin oder des hochdotierten Entwicklungsingenieurs, Mitglied einer Gewerkschaft zu werden. Und das hat dann viel mit der Kompetenz des gewerkschaftlichen Ansprechpartners zu tun. Anders: Die Zukunft der Gewerkschaften liegt zum großen Teil in der Kompetenz ihrer Funktionäre. Sie prägen durch ihr Verhalten und ihr Handeln Programmatik *und* Ausstrahlung der Gewerkschaften. Das Ansehen von Gewerkschaften hängt immer auch von der Kompetenz ihrer Funktionäre ab. Das öffentliche Bild der Gewerkschaften wird nun einmal nicht willkürlich von außen gemalt, es ergibt sich aus ihrem inneren Zustand.

Keine Gewerkschaft wird deshalb daran vorbeikommen, ihren inneren Zustand immer wieder zu prüfen, kritisch zu beleuchten, Konsequenzen zu ziehen. Neue Kompetenzen müssen zu den alten kommen, Qualifikation und Qualifizierung werden wichtiger. Es kommt auf Fähigkeiten, weniger auf Fertigkeiten an. Dazu gehören:

- die Fähigkeit zur Kritik und die Fähigkeit, Kritik zu ertragen;
- die Fähigkeit, die Interessen der Mitglieder zu erkennen und zu artikulieren;
- die Fähigkeit zur Durchsetzung von Interessen und die Fähigkeit zum Kompromiß.

Dies alles geht nicht ohne Offenheit, auch nicht ohne Diskussion, ohne Auseinandersetzungen. Nicht der offene und öffentliche Streit um gewerkschaftliches Selbstverständnis, um Programmatik und Handeln schaden, sondern das Verschweigen und Bemänteln dessen, was war und was ist. Tabus und Dogmen darf es nicht geben.